

Antrag A1

Antragsteller SPD-Kreisvorstand

Eckpunkte sozialdemokratischer Politik für Lippe

I) Einführung:

Der Kreis Lippe steht in den kommenden Jahren vor einer Reihe großer Herausforderungen.

Der demographische Wandel macht auch vor Lippe nicht halt. Die Zahl der Lipperinnen und Lipper wird in den kommenden Jahren voraussichtlich sinken, während das Durchschnittsalter steigt. Vielmehr hat diese Entwicklung Folgen auf unterschiedlichste Politikfelder und die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand. Altenhilfe, Pflege, Gesundheit, Infrastruktur, Jugendhilfe, Schulen und Kindergärten, die lippische Wirtschaft – alle diese Bereiche werden sich im Zuge der demographischen Veränderungen selbst deutlich verändern müssen. Wir wollen sie im Sinne der Menschen in Lippe zukunftstauglich machen.

Die wirtschaftliche Situation Lippes gibt an einigen Stellen Anlass zur Hoffnung. Die Exportquote wächst, die Potenziale des Fremdenverkehrs werden mittlerweile besser genutzt als noch vor vier oder fünf Jahren. Gleichwohl spüren die Lipperinnen und Lipper die Krise der Holz- und Möbelindustrie. Dabei sind die Insolvenzen von Hornitex und Schieder Möbel nur die Spitze des Eisberges. Die Region schneidet bei Vergleichen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit regelmäßig schlecht ab. Es fehlt an Arbeits- und Ausbildungsplätzen ebenso wie an Innovationspotenzial. Das belegt Jahr für Jahr die renommierte Prognos-Studie. Wir wollen gute Arbeit und Ausbildung für die Menschen unseres Kreises.

Lippe leidet am langsamen Ausbluten staatlicher Infrastruktur. Für die CDU/FDP-Landesregierung in NRW ist der dritte Landesteil weit weg. Lippe hat seit dem Regierungswechsel 2005 keine Lobby mehr in Düsseldorf. Die Landesbauverwaltung ist nach Bielefeld gezogen, die Polizeiverwaltung bei der Bezirksregierung aufgelöst, die Bezirksregierung selbst wird immer wieder von Neuem in Frage gestellt. Wir wollen gute Arbeit und Ausbildung für die Menschen unseres Kreises.

Die lippische SPD stellt sich diesen Herausforderungen. Wir wollen Lippes Zukunft eine sozialdemokratische Handschrift geben, Chancen und Potenziale dieses Kreises nutzen und an der Lösung seiner Probleme arbeiten.

II) Für eine starke lippische Wirtschaft

Leben und Arbeiten, Arbeiten und Leben gehören untrennbar zusammen. Das muss auch für den Lebens- und Wirtschaftsraum Lippe gelten!

Lippe hat in den vergangenen 30 Jahren einen wirtschaftlichen Strukturwandel

erfahren, wie kaum eine andere Region in den alten Bundesländern. Die traditionelle Holz- und Möbelindustrie ist in weiten Teilen weggebrochen, die Bekleidungs- und Textilindustrie ist ausgelöscht, das Gesundheitswesen hat sein Gesicht radikal verändert, der Baubereich macht eine eigene Arbeitsmarktentwicklung durch. Die Konsequenz: Lippe ist in OWL trauriger Spitzenreiter bei den Arbeitsplatzverlusten! Wir sind der Auffassung, dass die bislang beim und im Kreis Lippe betriebene Wirtschaftsförderung nicht geeignet ist, hier erfolgreich gegenzusteuern. Die bisherige Wirtschaftsförderung wird durch den Pressesprecher des Kreises und eine Halbtagskraft quasi nebenbei mit erledigt. Sie bedienen sich dabei eines unübersichtlichen Geflechts aus weiteren Akteuren, die teilweise in die Kreisverwaltung integriert sind, teilweise aber auch völlig selbstständig agieren. Dazu gehören der Bürger- und Unternehmenservice (BUS), die Lippe Tourismus & Marketing AG (LTM), die Stiftung Standortsicherung, das Institut für den Mittelstand Lippe (ILM), die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Handwerkskammer und einige mehr.

Die SPD will in ihrer Wirtschaftspolitik für Lippe andere, erfolgreichere Wege gehen. Deshalb schlagen wir die folgenden konkreten Maßnahmen vor:

- Der Kreis Lippe richtet eine Gruppe Wirtschaftsförderung ein, die stadt- und gemeindeübergreifend arbeitet. Einer ihrer Schwerpunkte wäre die Holz-, Möbel- und Kunststoffindustrie. So sollten Kreis, Städte und Gemeinden ein Kompetenzzentrum für diesen Wirtschaftszweig fördern. Dieses Zentrum wird an die Hochschule Ostwestfalen-Lippe (früher: Fachhochschule Lippe und Höxter) angegliedert.
- Der Kreis Lippe treibt die Clusterbildung voran. In Nachbarregionen wird bereits über diese Stärkenbündelung erfolgreich der Strukturwandel, die Wirtschaftsförderung und die Zukunftsfähigkeit der Region gestaltet. Vereinfacht ausgedrückt, müssen die wirtschaftlichen Stärken Lippes weiter entwickelt werden, damit sie in das Umland ausstrahlen. Wenn es gelingt, zum führenden Standort für einzelne Branchen zu werden, siedeln sich um diese Kompetenzkerne weitere Zulieferer und Dienstleister an. Es entsteht ein dynamischer Wachstumsprozess, der auch Arbeitsplätze bringt. In Lippe könnte eine solche Clusterbildung um die Elektroindustrie und den Maschinenbau gruppiert werden. Vor allem aber muss der Kreis Lippe mit den Nachbarkreisen und der Stadt Bielefeld für eine OWL-weite Entwicklung sorgen. Das Kirchturmdenken muss überwunden werden.
- Die SPD Lippe setzt sich für eine Gründungsoffensive in Lippe ein. Existenzgründer aus den Bereichen Handwerk, Industrie und Dienstleistung werden aufgrund schlüssiger Konzepte über einen bestimmten Zeitraum materiell und ideell gefördert.

Im Mittelpunkt einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik für Lippe müssen noch zwei weitere Themen stehen: Freizeit und Tourismus sowie die verkehrliche Entwicklung der Region.

Lippe mit seinen Bädern Salzuflen und Meinberg, seinen Kurorten und touristischen Höhepunkten muss sein Potenzial auf diesem Sektor noch stärker nutzen. Dazu darf die Tourismuswerbung nicht zu kleinteilig aufgebaut sein. Sie lebt vielmehr von der Kooperation mit Nachbarkreisen. Urlaub in Lippe bedeutet auch den Ausflug zur Schachtschleuse in Minden, wie anders herum der Besuch der Porta Westfalica durchaus durch eine Visite bei den Externsteinen ergänzt werden kann.

In der Verkehrspolitik tritt die SPD im Sinne der Menschen für leistungsfähige Straßen- und Schienenverbindungen in Lippe ein. Mobilität ist heute unverzichtbar. In diesem Sinne plädieren wir unter anderem für die Reaktivierung der Begatalbahn zwischen Lemgo und Bartrup.

Exkurs: PPP-Projekte in Lippe (Öffentlich-Private-Partnerschaft)

Sollen Aufgaben, die durch den Staat oder die Kommunen erfüllt werden, auf private Unternehmen übertragen werden? Der amtierende Landrat und seine schwarz-grüne Kreistagsmehrheit haben diese Frage schon mehrfach mit „ja“ beantwortet. Dazu bedienten sie sich beispielsweise bei den lippischen Straßen und beim Ausbau und Betrieb der Lipperlandhalle so genannter PPP-Modelle. Dabei steht das Buchstabenkürzel für „Public Private Partnership“, also eine Öffentlich-Private Partnerschaft.

Die SPD lehnt solche Modelle nicht grundsätzlich ab. Wir sind uns jedoch der Nachteile solcher Projekte bewusst und knüpfen unsere Unterstützung an eine Reihe von Bedingungen:

- Voraussetzungen für PPP-Projekte müssen sein, dass alle Alternativen sowohl nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bei einer Vollkostenkalkulation - also inklusive der Beratungs- und Vergabekosten eines PPP-Verfahrens - als auch nach ihren gesellschaftlichen Folgekosten, bspw. Den Kosten von ggf. wegfallenden Arbeitsplätzen geprüft werden.
- Bereiche, auf die die Bürger im Rahmen der Daseinsvorsorge angewiesen sind, dürfen nicht Privaten zur Gewinnerzielung überlassen werden.
- Effizienzgewinne gehören der Allgemeinheit, nicht Privaten.

Als Sozialdemokraten sind wir nicht der Auffassung, dass Private alles besser und günstiger erledigten als die öffentliche Hand. Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass Kommunen und Kreise gegenüber privaten Aufgabenträgern und PPP-Gesellschaften über gewichtige Vorteile verfügen:

- Sie müssen keinen Gewinn erzielen.
- Mehrwertsteuer wird nicht in Rechnung gestellt.
- Durch geeignete Ausschreibungen kann erreicht werden, dass Arbeitsplätze und Kaufkraft in der Region bleiben. Der Mittelstand wird gefördert. Dieses Interesse haben private Anbieter nicht.
- Da es keine vertraglichen Bindungen wie in einer PPP-Gesellschaft gibt, kann die öffentliche Hand flexibel auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren.
- Der Staat erhält günstigere Kreditkonditionen.

Konkret nachvollziehbar wird die Skepsis der lippischen SPD gegenüber PPP-Projekten unter anderem im Straßenwesen. Dort hat die schwarz-grüne Kreistagsmehrheit den Unterhalt und Sanierungen des vorhandenen Straßennetzes für fünf Jahre,

Straßenneubau ebenfalls für fünf Jahre, sowie den Unterhalt der Neubauten und grundlegenden Sanierungen für 25 Jahre ausgeschrieben.

Dieser Beschluss wirft Fragen und Probleme auf:

Straßen halten in der Regel länger als die vereinbarten 25 Jahre. Die teuren Wartungsarbeiten und Instandsetzungen werden voraussichtlich erst nach diesen 25 Jahren anfallen. Dann muss jedoch wieder der Steuerzahler dafür aufkommen.

Unterhalt und Sanierungen über 25 Jahre für den PPP-Vertrag zu beschreiben, ist nicht möglich. Die Verkehrsentwicklung mit ihren Folgen für den Straßenbau unterliegt einem stetigen Wandel. Die Möglichkeiten der Politik, in diesen 25 Jahren steuernd einzugreifen, sind in einem PPP-Projekt jedoch begrenzt. Und was passiert eigentlich, wenn der private Partner im Vertragszeitraum Insolvenz anmelden muss?

Ein weiterer Nachteil: Nachdem Kreis oder Kommune über mehrere Jahre keinen Straßenbau und keine Sanierungsmaßnahmen mehr erbringen mussten, dürfte das Know-how in der Verwaltung nach Ablauf des PPP-Vertrages dafür nicht mehr vorhanden sein.

III) Für einen sozialen Kreis Lippe

Die Bevölkerungsstruktur in Lippe zeichnet sich durch drei Besonderheiten aus:

- Die Zahl der Lipperinnen und Lipper ist relativ konstant. Erst ab dem Jahr 2013 wird ein deutlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Allerdings gibt es schon jetzt einzelne Kommunen in Lippe mit stark schrumpfenden Einwohnerzahlen.
- Lippe hat überdurchschnittlich viele Aussiedler aufgenommen. Der Ausländeranteil liegt dagegen weit unter dem Landesdurchschnitt.
- Die Bevölkerung wird im Durchschnitt älter und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden fehlen.

Unser Gesundheitswesen wird auf die höhere Zahl altersspezifischer Krankheiten reagieren müssen. Der Aufbau und die Förderung der Geriatrie in Lemgo spielen dabei eine zentrale Rolle. Ebenfalls wichtig: die Entwicklung neuer, dem entsprechenden Alter angepasster Wohnformen.

Die Zahl der aktiven „jungen Alten“ wird steigen, und mit ihnen die Ansprüche auf Freizeitgestaltung, Kultur und ehrenamtliche Betätigung. Diesen Ansprüchen müssen wir nachkommen. Die Senioren brauchen nicht nur die Unterstützung der Gesellschaft, die Gesellschaft braucht auch die Senioren. Dabei setzt die lippische SPD nicht zuletzt auf die Seniorenuniversität OWL, die in Bad Meinberg ihr „Studium Generale“ anbietet.

Der Problematik der steigenden Altersarmut werden wir begegnen müssen mit Angeboten, die es den Menschen ermöglichen, im Alter würdig zu leben. Dazu könnte ein Seniorenpass beitragen, der lippeweit die verbilligte oder unentgeltliche Teilnahme an sozialen und kulturellen Veranstaltungen ermöglicht.

Die Sozialpolitik der lippischen SPD zielt auch darauf ab, gut ausgebildete Fachleute in der Region zu halten und damit die wirtschaftliche Entwicklung Lippes zu stützen. Wir wollen deshalb attraktive Bildungseinrichtungen von den Kindergärten bis zur

Hochschule vorhalten, Freizeit- und Kulturangebote schaffen, eine intakte Umwelt garantieren und günstige Bedingungen für Wohneigentum sicher stellen. In der Summe heißt das: Die lippische SPD sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, Familien in all ihrer Vielfalt zu stärken.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bleibt ein zentrales Thema der sozialpolitischen Agenda. Erfolgreiche Integration vollzieht sich über Generationen. Dabei müssen wir nicht zuletzt den Spracherwerb der Migrantinnen und Migranten aktiv unterstützen. Sprachförderung für Migrantenkinder - idealerweise zusammen mit mindestens einem Elternteil - sollte zum festen Angebot lippischer Schulen gehören.

Die lippische SPD bekennt sich zum Netz sozialer Einrichtungen und Dienste in Lippe. Frauenhaus, Drogenberatung, Selbsthilfegruppen, Obdachlosenhilfe und viele mehr machen die soziale Infrastruktur und damit auch ein Stück Lebensqualität in Lippe aus. Die SPD setzt dafür ein, dass dieses soziale Netz erhalten und weiter entwickelt wird.

IV) Für einen gesunden Kreis Lippe

Der Kreis Lippe unterhält nicht nur ein Gesundheitsamt. Er ist auch Träger mehrerer Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dazu gehören die Klinikum Lippe GmbH (KLG) mit Standorten in Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen, das Gemeindepsychiatrische Zentrum (gpz) in Detmold sowie Senioren(pflege)heime in Detmold, Lemgo, Blomberg und Schlangen-Oesterholz. Sie alle müssen auf dem hart umkämpften Gesundheitsmarkt bestehen.

Die KLG befindet sich seit einigen Jahren auf einem zwar schmerzhaften aber Erfolg versprechenden Weg der Konsolidierung. Dieser wird im Grundsatz von der SPD mitgetragen, da sonst die KLG in ihrem Bestand gefährdet wäre. Die Konsolidierung geht einher mit einer Umstrukturierung der Kliniken in Detmold und Lemgo. Die stattfindende Schwerpunktbildung ist auch aus SPD-Sicht unerlässlich. Sie führt zwar zum Wegfall einzelner Disziplinen an einem Standort, sichert die jeweilige Disziplin aber auf hohem medizinischen Niveau am jeweils anderen Standort.

Die vom Kreis initiierte Gesundheitsstiftung findet die Zustimmung der SPD, zumal sie maßgeblich zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Geburtshilfe in Detmold beiträgt. Die Ausbaupläne für das Gemeindepsychiatrische Zentrum (gpz) in Detmold und die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bad Salzuflen entsprechen der steigenden Nachfrage im Bereich der Psychiatrie und sind zur Bedarfsdeckung notwendig.

Die SPD wird sich in enger Abstimmung mit dem Betriebsrat dafür einsetzen, dass die Konsolidierung im Einklang mit Arbeitnehmerinteressen und dem Wohlergehen der Patienten erfolgt. Einschnitte gerade im Pflegebereich, werden auf unseren Widerstand stoßen.

Wir wollen die Seniorenheime des Kreises als Teil der Daseinsvorsorge erhalten und auch weiterhin einen hohen Qualitätsstandard in der Pflege wahren. Schon jetzt beschäftigen die Kreisheime freiwillig mehr qualifiziertes Personal als nach den entsprechenden Personalschlüsseln vorgesehen. Das zeichnet diese Einrichtungen im Wettbewerb aus und sollte durch ein verbessertes Marketing auch nach außen getragen werden.

Die Integrierte Gesundheitsversorgung (IV) ist das gesundheitspolitische Thema der Zukunft, das auch lokalen Akteuren Einflussmöglichkeiten eröffnet. Diese wird die SPD

zum Wohle der Patienten nutzen.

Geregelt werden dabei konkrete Behandlungspfade bei bestimmten Erkrankungen und die von den jeweiligen Akteuren dabei zu erbringenden Dienstleistungen. Ziel ist eine Behandlung, die Doppeluntersuchungen und -therapien überflüssig macht und ein optimales Ineinandergreifen der Sektoren zum Wohle des Patienten ermöglicht.

Umfassender verstanden verbirgt sich hinter dem Begriff jede Form von sektoren- und disziplinenübergreifender Zusammenarbeit. Die Vorteile sind eindeutig, wenn Kliniken, niedergelassene Ärzte, Pflegedienste, Reha-Einrichtungen, Apotheken und andere Hand in Hand arbeiten.

Die vom amtierenden Landrat geplante Gesundheitsholding erscheint nur auf den ersten Blick als ein Schritt in Richtung Integrierte Versorgung. Die lippische SPD lehnt diese Holding ab, weil sie stattdessen mangelnde Transparenz erzeugt und Arbeitnehmerrechte einschränkt. Insbesondere sind in der Holding schlechtere Arbeitsbedingungen in den Seniorenheimen mit entsprechenden Folgen für die Pflege zu befürchten. Gesundheitspolitisch ist sie das falsche Signal, weil sie die "Marktmacht" des Kreises bündelt und damit andere potenzielle Akteure einer Integrierten Versorgung eher verschreckt als sie zur Kooperation zu ermuntern.

Lippe ist Teil der Gesundheitsregion OWL, die 2000 durch die "Regionale" unter SPD-Führung deutlich an Profil gewonnen hat. Doch nach dem weitgehenden Ende der klassischen Badekur müssen Bad Salzuflen und Bad Meinberg neue Märkte in den Bereichen Gesundheit, Wellness und Erholung erschließen. Trotz gewisser Erfolge, bleibt das ein schwieriges Geschäft.

Der Kreis Lippe sollte aus Sicht der SPD die Platzierung der lippischen Bäder auf dem umkämpften Gesundheitsmarkt fördern und Synergien heben. Gemeinsames Marketing, abgestimmte Aktionen und Publikationen, gemeinsame Projekte - vieles ist über die bisherige Zusammenarbeit hinaus denkbar.

V) Für ein kinder- und jugendfreundliches Lippe

Grundsätzlich will die SPD erreichen, dass für den Besuch von Tageseinrichtungen keine Elternbeiträge erhoben werden. Damit wollen wir die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung und der Chancengleichheit von Kindern unterstreichen. Ein Schritt in diese Richtung ist das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt ebenso wie die Erhöhung der unteren Beitragsgrenze auf ein Jahreseinkommen in Höhe von 25.000 Euro. Solange es Elternbeiträge für den Besuch von Tageseinrichtungen gibt, wollen wir in Lippe einheitliche soziale Mindeststandards durchsetzen

Ein Hauptaugenmerk in ihrer Jugendhilfepolitik richtet die lippische SPD nicht erst seit den Schreckensmeldungen über Kindesmisshandlungen auf effektive Hilfen zur Erziehung. Dreh- und Angelpunkt ist dabei der Allgemeine Soziale Dienst (ASD), der personell und finanziell besser auszustatten ist. Das Prinzip der Regionalisierung hat sich bewährt und ist auf alle Sozialräume zu erweitern.

Alle vom Gesetzgeber vorgesehenen Hilfen zur Erziehung stehen gleichrangig nebeneinander und kommen je nach Notwendigkeit und fachlicher Einschätzung zum Zuge. Es darf nicht so weit kommen, dass sich die Qualität von Jugendhilfe und der Schutz von Kindern nach den öffentlichen Kassen ausrichten. Ein Schwerpunkt der

Arbeit muss in der Prävention und in der Kooperation mit anderen Akteuren vor Ort (z.B. Polizei, Schule, Vereine) liegen.

Wir treten dafür ein, dass in den lippischen Kommunen die Modelle der offenen Jugendarbeit fortgesetzt werden, die die gesetzlichen Forderungen einer modernen Jugendarbeit umsetzen. Die Angebote für die Jugendlichen müssen verbessert werden, zumal diese mit ihrer präventiven Wirkung auf Dauer Kosten einsparen helfen - vorsorgen ist besser als nachsorgen!

Für eine zunehmende Anzahl von Kindern und Jugendlichen passen die herkömmlichen Angebote der Schulen nicht mehr. Der Kreis kooperiert im Schulbereich mit den Kommunen, wenn es darum geht, über weitergehende Hilfsangebote im Bereich der Schulsozialarbeit und der präventiven Förderung von Kindern und Jugendlichen nachzudenken. Kooperation von Jugendhilfe und Schule darf beim Übergang von Tageseinrichtung zur Grundschule nicht halt machen. Sozialpädagogische Ansätze für Einzelförderung und Gruppenarbeit müssen in alle Schulformen integriert werden.

VI) Für die Bildungsregion Lippe

Die lippische SPD fordert den Aufbau einer Bildungsagentur, zu deren Aufgaben unter anderem die Organisation der oben genannten Übergänge zwischen den Einrichtungen gehört. Die PISA-Studien haben erwiesen, dass die deutsche Schullandschaft zu wenig durchlässig ist. Es gilt die Übergänge auch zwischen Primar- und Sekundarbereich, unter den weiterführenden Schulen und schließlich von der Schule in Ausbildung zu erleichtern.

Die Bildungsagentur soll zusammen mit den lippischen Kommunen betrieben werden. Sie berät Schulen, Schulträger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Sie sorgt damit für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch, von dem alle Akteure der Bildungsregion Lippe profitieren werden. Ferner gehört die kreisweite Schulentwicklungsplanung zum Aufgabenspektrum der Agentur. Diese Aufgabe hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere an den Berufskollegs als immer komplexer erwiesen.

Schon in Kindergarten und Primarstufe ist es aus Sicht der SPD wichtig, sich dem Problem des Übergewichtes zu stellen, unter dem mehr und mehr Kinder leiden. Wir fordern deshalb den Ausbau von Bewegungs- und Gesundheitserziehung im Vorschul- und Grundschulbereich.

In der Sekundarstufe I in Förderschulen und Hauptschulen wollen wir erreichen, dass mehr Jugendliche ihren Abschluss erlangen. Notfalls ist das über eine verlängerte Verweildauer an diesen Schulformen sicherzustellen. Das würde die Berufskollegs deutlich entlasten, an denen heute viele Schülerinnen und Schüler die Abschlüsse nachholen, die sie in der Sekundarstufe I versäumt haben.

Die SPD will die Berufswahlvorbereitung effektiver gestalten. Dieses Ziel soll durch das „Eintopf“-Modell erreicht werden, bei dem alle Akteure - also auch die Agentur für Arbeit - ihre Budgets zentral zusammenführen, statt sich in getrennten Einzelaktionen zu verzetteln. Wir wollen ferner den Praxisbezug an lippischen Schulen stärken, indem wir die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft noch weiter ausbauen und unsere berufsbildenden Schulen zu selbständigen Kompetenzzentren beruflicher Bildung weiter entwickeln.

Die Lage auf dem lippischen Ausbildungsmarkt bleibt aus demographischen Gründen weiterhin angespannt. Trotz aller vermeintlichen Erfolgsmeldungen der Wirtschaft fehlen Lehrstellen. Die SPD hat frühzeitig auf dieses Problem aufmerksam gemacht und die Weichen für die vollzeitschulische Ausbildung in Lippe gestellt. Allein 2007 erhielten auf diese Weise 288 Jugendliche eine Lehrstelle an den lippischen Berufskollegs. Wir setzen uns dafür ein, dieses Programm bedarfsgerecht auszubauen und das bewährte duale Ausbildungssystem auf diese Weise zu ergänzen.

VII) Für Kultur und Sport in Lippe

Lippe verfügt über eine reiche Kulturlandschaft. Diese zu erhalten und weiter zu entwickeln sehen wir als eine wichtige Aufgabe an. Das gilt um so mehr, als das kulturelle Angebot zu einem entscheidenden Faktor für die Vermittlung von Bildung und für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region geworden ist.

Die SPD betrachtet den Landesverband als entscheidenden Träger der Kulturarbeit in Lippe. Eine Zusammenarbeit mit dem Kreis Lippe ist an der einen oder anderen Stelle sinnvoll. Doch sollte diese über eine Rahmenvereinbarung zwischen beiden Institutionen geregelt werden. Die vom Kreis geplante Kulturstiftung lehnt die SPD als Aufbau einer Doppelstruktur neben dem Landesverband ab.

Dem Sport kommt eine ähnlich herausragende Bedeutung zu, zumal etwa jeder dritte Lipper in einem Sportverein organisiert ist. Wir unterstützen deshalb den Kreissportbund und möchten mit ihm zusammen über Moderatorenausbildungen für mehr Bewegungsangebote an Kindergärten, Ganztagschulen und Senioreneinrichtungen sorgen. Wir plädieren außerdem für eine regelmäßige Anpassung von Übungsleiter-Zuschüssen und Zuschüssen für Leistungszentren und Stützpunkte.

VIII) Für eine intakte Umwelt in Lippe

Die Auswirkungen der Klimaveränderungen sind weltweit offensichtlich und zum Teil katastrophal. Auch in Lippe müssen wir in den kommenden Jahren mit Wetterextrem rechnen. Es gibt immer wieder Starkregenereignisse, die erhebliche Schäden an den Gebäuden in Lippe verursachen. Deshalb muss wir uns in den nächsten Jahren der Hochwasserschutz besonders beschäftigen.

Die lippische SPD steht weiterhin zur Vision eines Nationalparks Senne, mit dem wir einen einzigartigen Naturraum schützen wollen. Gleichzeitig verspricht ein Nationalpark erhebliche wirtschaftliche Impulse durch einen deutlich verstärkten sanften Tourismus.

Die Aktivitäten und Planungen für einen Nationalpark sind daher fortzuführen. Wichtig ist dabei die enge Kooperation mit dem Förderverein Nationalpark Senne und der Biologischen Station Lippe. Inwieweit auch Teile des Teutoburger Waldes in die Gebietskulisse eines Nationalparks Senne zu integrieren sind, müssen Gespräche mit den Eigentümern zeigen. Die gegenwärtige militärische Nutzung der Senne und die weitere Nationalpark-Planung schließen sich nicht zwingend aus, hat doch der Truppenübungsplatz in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, die Artenvielfalt in der Senne zu sichern.

Der Einsatz erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz vor Ort

bleiben zentrale Themen der Umweltpolitik im Kreis Lippe. Klimaschutz ist global, kann und muss aber mit lokalen Aktivitäten unterstützt werden. Wir wollen nicht nur reagieren, sondern konkret vor Ort unsere Umwelt schützen.

Auch der Kreis Lippe muss ein eigenes Klimaschutzprogramm verabschieden, wie es bereits Hunderte von Städten, Gemeinden und Kreisen in Deutschland gemacht haben. Wir werden als Sozialdemokraten weiter eigene Programme vorstellen und erarbeiten, um den Einsatz von Biomasse, Geothermie, Solar- und Wasserkraft, sowie Windenergie gemäß den Bedingungen unserer Region zu fördern. Hier ist auch eine enge Zusammenarbeit mit der Fachhochschule und den Berufskollegs sinnvoll. Wir stehen hinter der Errichtung eines eigenen Studienganges „Erneuerbare Energien“ in Lippe. Außerdem wollen wir lippische Firmen, die sich mit Fragen der Zukunftsenergien beschäftigen, stärker unterstützen.

IX) Für ein starkes Lippe in NRW

Lippe ist der dritte Landesteil von Nordrhein–Westfalen. Es ist für die SPD zwingend erforderlich, dass dies auch in Lippe durch Regierungs- und Verwaltungshandeln deutlich wird. Dazu reichen nach unserer Meinung irgendwelche Landesbehörden nicht aus. Detmold muss vielmehr Sitz einer Bezirksregierung bleiben!

Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf dafür gesorgt, dass lippische Institutionen aufgelöst oder verlagert wurden. Das Forstamt Lage oder der Bau- und Liegenschaftsbetrieb in Detmold sind Beispiele für diese Schwächung Lippes.

Der schwarz-grünen Spitze des Kreishauses fehlt es an Gespür, was die Bedeutung solcher Einrichtungen für Lippe anbelangt. Lippe verliert Know-how und Arbeitsplätze und damit an Bedeutung und Zukunftsfähigkeit!

Eine ähnliche Fehlentwicklung haben die schwarz-grünen Mehrheitsfraktionen im Kreistag und beim Landesverband zu verantworten. Sie verramschten die Lippische Landesbrandversicherungsanstalt nach Gutsherrenart. Eine weitere Schwächung Lippes durch einen Ausverkauf der lippischen Sparkassen lehnt die SPD ab. Die lippischen Sparkassen haben sich im Wettbewerb und in der Akzeptanz durch die Bevölkerung als leistungsstark erwiesen.

Lippe als dritter Landesteil von NRW darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Lippe bedarf der gemeinsamen Anstrengungen aller politischen Akteure, um auch in der Zukunft seine besondere Bedeutung zu sichern!